

| | |
|-------------------|-----------------------------------|
| Es informiert Sie | Astrid Issleib |
| Telefon | +49 202 563 6046 |
| Fax | |
| E-Mail | astrid.issleib@stadt.wuppertal.de |
| Datum | 10.11.21 |

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Nachhaltigkeit (SI/1517/21) am 04.11.2021

Anwesend sind:

von der SPD

Frau Ayse Akarsu, Herr Guido Grüning, Herr Servet Köksal, Herr Markus Stockschläder, Herr Lukas Twardowski, Herr Sedat Ugurman,

von der CDU

Herr Erhard Werner Buntrock, Herr Andreas Cleem, Herr Eckhard Klesser, Frau Caroline Lünenschloss, Herr Christian Wirtz,

von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Pascal Biesenbach, Herr Ulrich-Timmo Christenn, Herr Paul Yves Ramette, Frau Yazgülü Zeybek,

von der FDP

Herr Alexander Schmidt, Herr René Schunck,

von DIE LINKE

Herr Bernhard Sander,

von der AfD

Herr Dr. Hartmut Beucker,

von den Freien Wählern/WfW

Herr Heribert Stenzel,

als sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Berkel, Herr Alexander Rocho,

als sachkundige Einwohnerin

Frau Beate Petersen,

Schiffführerin:

Astrid Ißleib

Beginn: 16:03 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Nachhaltigkeit fand gleichzeitig mit der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen statt.

I. Öffentlicher Teil

1 **Bewerbung um die Durchführung der Bundesgartenschau 2031 (BUGA 2031)** **Vorlage: VO/1500/21**

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Nachhaltigkeit vom 04.11.2021:

Der Ausschuss empfiehlt, die Beschlussvorlage der Verwaltung ungeändert zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die Bewerbung für die Durchführung einer Bundesgartenschau im Jahr 2031 im Bewusstsein der großen Chancen für die Stadtentwicklung einerseits und im Bewusstsein der finanziellen Belastungen und Risiken für den städtischen Haushalt andererseits.
2. Grundlage der Bewerbung ist die aktualisierte Machbarkeitsstudie des Büro RMP Stephan Lenzen LA.
3. Die Stadt stellt für den Aufbau der Projektstrukturen und für erforderliche vorbereitende Planungsleistungen jeweils 1,5 Mio. € in den Jahren 2022 bis 2025 im Haushalt bereit. Für diese und die Folgejahre werden die erforderlichen Finanzmittel mit maximaler Unterstützung privaten Kapitals abgebildet. Dadurch nicht gedeckte Beträge sind durch Umschichtungen im Haushalt gegen zu finanzieren. Die Umsetzung ist Gegenstand der Haushaltsverhandlungen in enger Kopplung mit den Verhandlungen mit den privaten Fördergebern.
4. Der Stadtrat begrüßt das große bürgerschaftliche Engagement, mit dem privates Kapital aus Wirtschaft und Gesellschaft zur Finanzierung der Kosten und zur Abdeckung möglicher Risiken gewonnen werden soll. Da die Stadt Veranstalter der Bundesgartenschau sein wird, trägt sie, ungeachtet des zu akquirierenden und teilweise schon konkret in Aussicht gestellten privaten Kapitals, das finanzielle Risiko für die Investitionen und die Durchführung der Bundesgartenschau.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, parallel zur Bewerbung für die Ausrichtung einer Bundesgartenschau eine Projektstruktur zur Planung und Durchführung einer Bundesgartenschau vorzubereiten und dem Rat im Falle eines positiven Votums durch die Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zum Beschluss empfohlen bei zwei Gegenstimmen (DIE LINKE und Freie Wähler/WfW).

1.1 **Bewerbung um die Durchführung der Bundesgartenschau 2031 (BUGA 2031) - Beantwortung von Fragen der CDU-Fraktion** **Vorlage: VO/1500/21/1-Erg.**

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Nachhaltigkeit vom
04.11.2021:

Der Antworten der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegengenommen.

Ludger Kineke
Vorsitzender

Astrid Ißleib
Schriftführerin